



PETER GUT

DER PERSER DES WEF

ZUSCHRIFTEN VON LESERINNEN UND LESERN

Diplomatenleben

Die NZZ vom 21. Januar 2014 enthält eine Besprechung des kürzlich im Chronos-Verlag erschienenen Buches über das Diplomatenleben. Die Zeitung macht mir die Ehre, über den in diesem Buch publizierten Auszug aus meinem im Jahr 2002 im NZZ-Verlag erschienenen Buch «Alte Schatten – neue Schatten, Zeitzeuge in den USA 1995–1997» zu berichten. Vom «Lesebuch» und davon, dass ein Auszug aus meinem Buch darin figuriert, habe ich erst durch die Publikation erfahren. Mit der Auswahl des Auszugs habe ich somit nichts zu tun.

Der Rezensent schreibt in seiner Buchbesprechung, ich hätte mich selbst zuletzt als «Clown» und Mobbingopfer gesehen. In meinem Buch (S. 18) schrieb ich: «Einem Diplomaten kann es ergehen wie einem Clown, der im Zirkus seine Nummer präsentieren muss, auch wenn ihm gerade etwas Unerfreuliches widerfahren ist.» Ich habe mich damals gewiss weder als Clown gefühlt noch selbst als solcher bezeichnet. So lustig war die Episode in den schweizerisch-amerikanischen Beziehungen wahrlich nicht. Ob die damalige Haltung der Zentrale in Bern für mich «Mobbing» bedeutete, ist irrelevant. Es ging um einiges mehr als um die Person des Botschafters. Das heutige Verhältnis zur einstmaligen «Sister Republic» lässt grüssen.

Carlo Jagmetti, Zollikon

Die Armee am WEF

In der SRF-Rundschau vom 22. Januar 2014 ist einmal mehr die Armee kritisiert worden. Diesmal geht es um die zu wenig ausgerüsteten Helikopter, welche in der Lage sein sollten, während des WEF auch allfällige fremde Drohnen abzufangen. Österreich kann und macht dies angeblich. Einmal mehr geht dies in das Kapitel eines fehlenden Gesamtkonzeptes (Feindbild) der Armee. Solange kein solches vorliegt, verstehe auch ich, dass man nicht weiss, welche Mittel beschafft werden müssen (Gripen lässt grüssen). Und so lange werden rot-grüne und andere Armeegegner genüsslich die

Armee immer wieder von neuem wegen lückenhafter Auftragserfüllung infrage stellen können. Dieser Mangel muss endlich behoben werden. Sicher ist in der heutigen, unsicheren globalen Zeit nur, dass der ewige Frieden noch nicht ausgebrochen ist.

Ruedi Schauenberg, Hinterkappelen

Einwanderungsland Frankreich

In seinem Artikel «Attraktives Einwanderungsland Frankreich» (NZZ 22. 1. 14) schreibt Rudolf Balmer, dass rund ein Viertel der Auslandschweizer in Frankreich leben, ein Teil von ihnen seien Doppelbürger. Es entsteht der Eindruck, dass Frankreich ein bevorzugtes Auswanderungsland sei. Zwischen den Zeilen will Balmer wohl andeuten, wie positiv sich das Personenfreizügigkeitsabkommen ausgewirkt habe.

Dem ist natürlich nicht so. Hier die genauen Zahlen: Ende 2012 lebten 186 615 Schweizer in Frankreich, 154 241 oder 82,6 Prozent besitzen sowohl die schweizerische als auch die französische Staatsangehörigkeit. Die meisten dieser Doppelbürger leben in dritter oder vierter Generation in Frankreich. Ihre Vorfahren sind zum grossen Teil nach dem Ersten Weltkrieg nach Frankreich ausgewandert, mehrheitlich als Bauern und Käser (ihnen haben wir oft den guten Hartkäse aus Frankreich zu verdanken). Damals fehlte Frankreich die Jugend, ein grosser Teil der 18- bis 30-Jährigen war an der Front gestorben. Die heutige Generation dieser Doppelbürger fühlt sich zuerst als eine von Franzosen.

Die starke Zunahme von Doppelbürgern in den letzten dreissig Jahren ist auf die erleichterte Einbürgerung seitens der Schweiz zurückzuführen. 1985 konnte sich ein nach dem 1. Januar 1952 geborenes Kind einer Schweizerin und eines Franzosen einbürgern lassen. Ab 1991 können sich zudem französische Ehepartner von Schweizern erleichtert einbürgern lassen. Die Zunahme von Nur-Schweizern ist seit 2003 etwas stärker, ist aber mehrheitlich auf Schweizer Grenzgänger zurückzuführen, die im Kanton Genf und in der Waadt keine

günstigen Wohnungen mehr finden und sich deshalb im Pays de Gex und in der Haute-Savoie niederlassen.

Ulrich Schläfli, Ampang, Malaysia

Erfolgsmodell Schweiz

Der Leitartikel von Peter A. Fischer mit dem Titel «Abschottung schwächt» (NZZ 18. 1. 14) übersieht, dass die hohe Zuwanderung die freiheitliche Prägung der schweizerischen Wirtschaft und Gesellschaft gefährdet. Bemerkenswert ist auch, wie der wirtschaftliche Nutzen der Personenfreizügigkeit als positiv dargestellt wird. Es ist jedoch Augenwischerei, dass die Personenfreizügigkeit und die bilateralen Verträge I ursächlich für den wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz seien. Tatsache ist, dass der Wohlstand in der Schweiz seit Einführung der Personenfreizügigkeit gemessen am BIP pro Kopf nur gering zugenommen hat und keinen Trendbruch durch die Einführung der Personenfreizügigkeit erfahren hat. Weitere Tatsache ist, dass die Einführung der Bilateralen I nicht dazu führte, dass das Wachstum der Exporte in die EU zugenommen hat. Die gezeigten Äpfel am Baum sind zahlreich und saftig, aber nicht wegen der Bilateralen I. Die Masseneinwanderungsinitiative ist keine Abschottung und keine Schwächung. Sie ist eine langfristige Stärkung des schweizerischen Erfolgsmodells.

Patrick Schmid, Meilen

Ein Aspekt der Immigration in die Schweiz wird meines Erachtens überhaupt nicht mit einbezogen. Und zwar, wie vorteilhaft es auch für die Herkunftsländer ist, wenn ihre Landsleute in der Schweiz eine moderne Wirtschaft und eine funktionierende Zivilgesellschaft kennenlernen. Diese Menschen gehen auch wieder zurück in ihre Heimat und werden dort tätig. Dabei nehmen sie die «good practice» «made in Switzerland» mit nach Hause. Das ist eben unser Erfolgsmodell Schweiz. Wir sollten es bewahren, aber wir dürfen es nicht verstecken.

Harald Gräf, Brüttisellen

Wider den linken Mainstream

Der Zürcher Stadtrat ist zum rot-grünen Biotop geworden. Mit fatalen Folgen. Von Thomas Ribi

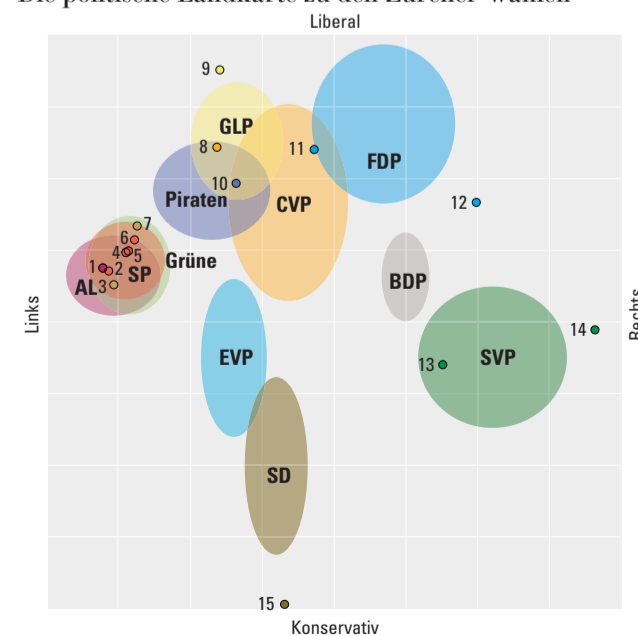
So klar waren die Machtverhältnisse noch nie: Seit 1990 sind die Bürgerlichen im Zürcher Stadtrat in der Minderheit. Aber seit die FDP letztes Jahr ihren zweiten Sitz an die Linksalternativen verloren hat, ist die Exekutive der grössten Schweizer Stadt fast ganz zum linken Biotop geworden. Die beiden bürgerlichen Stimmen gehen im Chor unter. Im Parlament sind bürgerliche Kräfte zwar knapp in der Mehrheit, doch zu spüren ist das nur selten. Die Mehrheit im Stadtrat kann schalten und walten, wie sie will. Und das tut sie auch – auf eine Art, die so subtil wie nachhaltig ist. Zu den wirklichen Problemen, die sich Zürich stellen, ist wenig zu hören. Wie der aus dem Ruder laufende Finanzhaushalt ins Lot gebracht wird, wie der Wirtschaftsstandort in einem immer schwierigeren Umfeld positioniert werden soll, wie angesichts der Umbrüche in Europa Arbeitsplätze erhalten werden können und der Wohlstand bewahrt werden kann: Darüber schweigt sich die Exekutive aus. Klare Konzepte fehlen.

Der Zürcher Stadtrat setzt sonderbare Prioritäten. Seine eigene Legislaturbilanz ist positiv. Man habe «die Wahrnehmung Zürichs als Kultur- und Kreativstadt» gesteigert, die digitalen Dienstleistungen der Verwaltung verbessert und die Mitwirkung der Bevölkerung bei der Quartiergestaltung gestärkt. Das ist kein Witz, sondern ernst gemeint. Doch der Stadtrat hat auch dicke Pflöcke eingeschlagen. Sie sind gewichtiger, als einem lieb sein kann, vor allem was die finanziellen Folgen betrifft. Laut Gemeindeordnung soll bald jede dritte Wohnung in Zürich eine gemeinnützige Wohnung sein, und jede Familie hat Anrecht auf einen Hortplatz für ihre Kinder. Das kostet Milliarden. Woher diese kommen, weiss der Stadtrat nicht. Doch solange linke Kernforderungen umgesetzt werden, spielt es ihm offenbar auch keine Rolle. Nun kann man einer linken Regierung nicht vorwerfen, dass sie linke Politik macht, vor allem wenn diese durch Volksschleife bestätigt wird. Vorwerfen kann man ihr aber, dass sie immer mehr wie eine Parteisektion agiert. Wie weit die Ideologisierung des Stadtrats fortgeschritten ist, zeigt der Blick auf das politische Profil seiner Mitglieder (siehe Grafik unten). Die sieben Stadträte des links-grünen Lagers sind sich in entscheidenden Fragen wie Wohnungspolitik, Kinderbetreuung, Energie- oder Verkehrspolitik völlig einig und handeln dementsprechend. Früher sah das anders aus. Mit Jürg Kaufmann, Robert Neukomm, Emilie Lieberherr, Elmar Ledergerber oder Martin Waser waren Sozialdemokraten im Stadtrat, die eigenständig politisierten und sich auch gegen ihre Partei stellten, wenn sie das im Sinn der Stadt für angezeigt hielten.

Das ist vorbei. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Stadtratskandidaten, die verschieden ausgeprägte – und manchmal nicht ganz leicht zu vereinende – Facetten bürgerlich-liberaler Grundhaltung spiegeln, sind die Stadträte und Kandidaten von SP und Grünen heute stramme Vertreter eines dezidiert linken Mainstreams. Und die Art, wie sie politisieren, zeigt, dass sie ihre Aufgabe weniger darin sehen, die Stadt in ihrer Vielfalt zu repräsentieren, sondern dass das Amt ihnen vielmehr die Chance bietet, Parteipolitik auf anderer Ebene fortzusetzen. Die Folgen sind fatal. Nicht nur weil die Linke stets bereit ist, für neue Staatsausgaben Geld auszugeben, sondern auch weil sie die Regulierungsdichte in immer neue Sphären treibt. In Zürich ist mittlerweile fast alles geregelt, von der Grösse der Werbeplakate auf Trottoirs bis zur Pausenverpflegung in der Schule. Wo es für Vorschriften kein Gesetz gibt, schafft man eine Verordnung; wo das nicht möglich ist, erlässt man Empfehlungen. Diese werden im Alltag sowieso befolgt, als wären es Vorschriften. Freiheit? Eigenverantwortung? Fehlanzeige!

Ein Gegengewicht zum linken Mainstream ist dringend nötig. Die Wahlen vom 9. Februar bieten die Möglichkeit zu einer Korrektur – bevor sich das System selber zugrunde richtet.

Die politische Landkarte zu den Zürcher Wahlen



Stadtratskandidaten:

1 Richard Wolff (AL)	6 André Odermatt (SP)	11 Andres Türlér (FDP)
2 Raphael Golta (SP)	7 Daniel Leupi (Grüne)	12 Filippo Leutenegger (FDP)
3 Markus Knauss (Grüne)	8 Gerold Lauber (CVP)	13 Nina Fehr Düsel (SVP)
4 Claudia Nielsen (SP)	9 Samuel Dubno (GLP)	14 Roland Scheck (SVP)
5 Corine Mauch (SP)	10 Peter Keel (Piratenpartei)	15 Walter Wobmann (SD)

QUELLE: SMARTVOTE

NZZ-INFOGRAFIK/cke